

Presseerklärung des Landesverbandes Hamburg der Linksjugend ['solid]  
vom 23.10.2009

**Ausländische Truppen haben in Afghanistan nichts zu suchen, Herr Ramelow  
– Für einen sofortigen Abzug der Bundeswehr**

Bodo Ramelow, Spitzenkandidat der Partei DIE LINKE bei den letzten Landtagswahlen in Thüringen, hat vor kurzem gegenüber der Welt am Sonntag behauptet, die LINKE stehe nicht für einen sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Man könne auch stufenweise die deutschen Soldaten zurückholen, so Ramelow weiter.

Die Kritik an der Militarisierung der deutschen Außenpolitik, die in erster Linie von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN betrieben und bis heute fortgesetzt wurde, und den von der Bundesrepublik mitgetragenen Kriegen ist ein politisches Herzstück der Linkspartei und des linken Selbstverständnisses. *„Wir als Jugendverband der Partei verurteilen den Schritt Bodo Ramelows auf schärfste und halten es für den vollkommen falschen Weg, wenn DIE LINKE ihre Antikriegsposition aufweicht oder verlässt. Wer diese Position aufgibt, gibt DIE LINKE auf.“*

Einzelne Parteimitglieder und -gliederungen, wie z.B. der Berliner Parteichef Klaus Lederer und der Bundesarbeitskreis Shalom der Linksjugend ['solid], haben bereits durch die Teilnahme bzw. Mitorganisation von Demonstrationen für den zerstörerischen israelischen Feldzug in Gaza um die Jahreswende den friedenspolitischen Konsens der Partei verlassen. Mit Bodo Ramelow tritt nun ein Spitzenpolitiker der Partei offiziell die vereinbarten Grundsätze und das Wahlprogramm der LINKEN zur Bundestagswahl bewusst mit Füßen.

Sein Kalkül ist offensichtlich: wer rot-rote oder rot-rot-grüne Bündnisse in den Ländern und vor allem im Bund eingehen möchte, muss seine Regierungsfähigkeit beweisen. Schon am Bundestagswahlabend hatte der ehemalige Bundesverteidigungsminister und SPD-Spitzenpolitiker, Peter Struck, im Fernsehen erklärt, dass eines der größten Probleme für Koalitionen die außenpolitischen Positionen der LINKEN seien, wie etwa die Forderung nach dem sofortigen Abzug der Truppen aus Afghanistan oder der Austritt aus der NATO.

*„Einigen Mitgliedern der Linkspartei ist die Regierungsbank offensichtlich wichtiger als die politischen Ziele und Inhalte. Wohin dieser Weg führt, hat die Geschichte der SPD und der GRÜNEN gezeigt. Der einzige Unterschied wäre, dass DIE LINKE deutlich weniger Zeit benötigen würde, um sich für die Regierungsmacht umzukrempeln“,* so Christin Bernhold vom Hamburger Landesverband der Linksjugend ['solid].

*„Die schrittweise Aufweichung der Antikriegsposition, wie sie Bodo Ramelow lanciert, ist eine politische Offerte, ein Signal an die SPD. Dabei lässt sich die SPD nicht resozialdemokratisieren und auch nicht zu ihren vermeintlichen friedenspolitischen Wurzeln zurückführen. Das sind Mythen, die die SPD akzeptabel machen sollen“,* so Bernhold weiter. *„DIE LINKE darf nicht auf Regierungsbeteiligungen hinarbeiten, wenn sie sich nicht selber überflüssig machen will. Sie muss stattdessen als Teil einer linken gesellschaftlichen Kraft auftreten, die eine andere Einrichtung der Gesellschaft verfolgt.“*

Für Rückfragen melden Sie sich gerne bei Frau Bernhold unter der Telefonnummer 01577-8271728.

Linksjugend ['solid]  
Landesverband Hamburg  
Kreuzweg 7  
20099 Hamburg  
Email: [info@linksjugend-solid-hamburg.de](mailto:info@linksjugend-solid-hamburg.de)  
Homepage: <http://www.linksjugend-solid-hamburg.de/>